

Rückblick auf einige Stationen auf dem Weg zum Bau und die Auseinandersetzungen darum – EuGH urteilt am Donnerstag über Klagerecht des BUND

Fünf Jahre Streit um Trianel-Kraftwerk

Oliver Schlappat

Lünen. Am Donnerstag wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) seine Entscheidung zur Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen die von der Bezirksregierung Arnsberg erteilte erste Teilgenehmigung für das Trianel-Kraftwerk verkünden. Fällt die Entscheidung zu Gunsten des BUND aus, kann der eigentliche Prozess in Münster fortgesetzt werden. Seitdem das Kraftwerksprojekt erstmals vorgestellt wurde, sind mehr als fünf Jahre vergangen – eine Chronologie.

12. Februar 2006

Das Kraftwerksprojekt wird offiziell vorgestellt. 750 Mio. Euro sollen investiert werden, 200 bis 300 Menschen dauerhaft einen Arbeitsplatz finden. heißt es damals. Ans Netz gehen soll es im Jahr 2012. Die Lüner Politik begrüße das Vorhaben selbstverständlich, bekunden der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Schroeter sowie der SPD-Fraktionschef Hugo Becker. Bürgermeister Hans Wilhelm Stodolick heißt Trianel „herzlich willkommen in Lünen“.

9. August 2006

Die „Trianel Power Projektgesellschaft Kohlekraftwerk“ wird gegründet. Beteiligt sind zu diesem Zeitpunkt 26 Gesellschafter, darunter Stadtwerke aus ganz NRW, einigen anderen Bundesländern, aus der Schweiz und Österreich. Erstunterzeichner des Gesellschaftervertrages ist Lünens Stadtwerke-Chef Dr. Achim Grunenberg.

13. März 2007



Ein frühes Computer-Modell des Kraftwerks.

Als erste politische Kraft in Lünen sprechen sich Bündnis 90/Die Grünen gegen das Kraftwerk aus. Fraktionsvorsitzender Bernd Gregarek fordert die Bürger der Stadt auf, ihre Bedenken im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu formulieren. Zuvor hatten sich die Grünen zumindest zeitweise für das Vorhaben ausgesprochen.

15. März 2007

Die „Bürgerinitiative Kontra



Stand der Dinge: In diesen Wochen werden noch Seile für die Hochspannungsleitung zum Anschluss des Kraftwerks gespannt. Foto: Trianel

Kohle Kraftwerk (BI KKK) wird gegründet. Zu dieser Zeit sind 120 Menschen Mitglied, einen Monat später bereits 210. Die Initiative organisiert erste Info-Veranstaltungen.

12. Juni 2007

Die Bürgerinitiative und die Kreisgruppe Unna des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kündigen an, dass eine Klage gegen eine (zu dieser Zeit noch nicht erfolgte) Genehmigung des Kraftwerks geprüft werde.

14. Juni 2007

Der Rat der Stadt Lünen lehnt einen von der BI organisierten und von mehr als 7000 Lünern unterzeichneten Einwohnerantrag ab. Dieser forderte, dass der Rat prüfen solle, mit welchen Mitteln der Bau des Kraftwerks verhindert werden könnte. Auch einen Bürgerentscheid lehnt er ab – denn die Zuständigkeit für die Genehmigung liege nicht in Lünen, sondern bei der Bezirksregierung. Wenig später gründet sich die Wählergemeinschaft GFL.

3. April 2008

Trianel gibt bekannt, dass die Pläne, das Kraftwerk über eine neu zu bauende Hochspannungsleitung durch das Mühlentbachtal ans Netz anzubinden, gestoppt werden. Stattdessen werde man eine neue Leitung in Richtung Waltrup bauen.

6. Mai 2008



Manfred Ungethüm (l.) und Regierungspräsident Helmut Diegel.

Regierungspräsident Helmut Diegel übergibt Trianel die erste Teilgenehmigung für den Bau des Kraftwerks. Die GFL nennt das Kraftwerk „ein Desaster für Lünen“, Ingbert Kersebohm von den Grünen kündigt „Eine Kampagne gegen Trianel“ an.

8. Mai 2008

Die Trianel-Gesellschafterversammlung fasst den Baubeschluss. Die ersten Arbeiten am Gelände im Stummhafen beginnen gut eine Woche später.

16. Juni 2008

Der BUND-Landesverband NRW reicht Klage gegen die erste Teilgenehmigung des Kraftwerks und den Vorbescheid beim Oberverwaltungsgericht in Münster ein.

26. Juli 2008

Die Trianel-Power Kohlekraftwerk Lünen GmbH schließt mit der WestLB einen Kredit-

vertrag über 1,3 Milliarden Euro ab. Einige Tage später erteilt die Bezirksregierung Arnsberg – unabhängig von der Klage gegen die erste – die zweite Teilgenehmigung. Damit kann der eigentliche Bau beginnen.

3. September 2008

Zum offiziellen ersten Spatenstich reist auch NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben an. Die Gegner des Vorhabens, darunter neben der BI KKK, den Grünen und der GFL auch Greenpeace, Attac und die Lüner Ärzteinitiative, protestieren außerhalb des Geländes, abgeschirmt von Polizisten.

22. Januar 2009



Grünen-Bundenvorsitzende Claudia Roth auf der Trianel-Baustelle.

Grünen-Bundenvorsitzende Claudia Roth besucht die Baustelle und äußerte klare Bedenken angesichts des zu erwartenden CO2-Ausstoßes, wegen Einflüssen auf Luft und Wasserqualität sowie dem Einfluss auf die Gesundheit der Menschen. „Aber ich kann

einem Kraftwerksbetreiber nicht eine verfehlte Energiepolitik der Bundes- und der Landesregierung vorwerfen.“

1. März 2009



Fackel-Träger beim „Heimleuchten“ am Datteln-Hamm-Kanal.

Beim „1. Interkommunalen Heimleuchten“ protestieren Kohlekraftwerksgegner aus Lünen und Datteln mit einer Lichterkette aus Fackeln entlang des Datteln-Hamm-Kanals im Bereich der Kraftwerksbaustelle. Laut Veranstalter beteiligten sich 800 bis 1000 Menschen.

2. März 2009



Dirk Janßen vom BUND (l.) vor dem OVG Münster.

Verhandlung der BUND-Klage am Oberverwaltungsgericht Münster: Das Gericht setzt das Verfahren aus, um eine Stellungnahme vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einzuholen. Geklärt werden soll, ob und wann der BUND-Landesverband NRW als nicht-staatlicher Umweltverband gegen ein solches Vorhaben überhaupt klagen darf. Unmittelbar danach fordern die Kraftwerksgegner einen sofortigen Baustopp, den sie aber nie durchsetzen konnten. Ende März wird die Begründung dieser Entscheidung veröffentlicht. Darin kritisiert das Gericht Mängel bei der Umweltverträglichkeitsprüfung in Bezug auf die so genannten Flora-Fauna-Habitate. Trianel beginnt mit der Erstellung eines vollumfänglichen entsprechenden Gutachtens.

10. Juni 2010

Der Europäische Gerichtshof tagt erstmals zum Thema. Generalanwältin Eleanor Sharpston setzte dabei die Vertreter der Bundesregierung mit Fragen unter Druck, die sich auf mögliche Mängel im deutschen Rechtssystem bezüglich des Klagerechts von Umweltverbänden bezogen.

Die Kläger äußern Zuversicht, Trianel bezeichnet den Verfahrensausgang als unerheblich für das Lüner Kraftwerk. Davon unabhängig ist bereits klar: Die Entscheidung wird möglicherweise starke Auswirkungen auf die gängige deutsche Rechtspraxis haben und europaweit von Bedeutung sein.

26. August 2010



Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Sven Becker (l.) von Trianel.

Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht im Rahmen ihrer „Energie-Reise“ die Trianel-Baustelle. Sie bezeichnet dabei Kohlekraftwerke als „wichtige Brückentechnologie“. Erneut protestieren einige Gegner vor dem Gelände.

4. November 2010

Trianel legt ein umfangliches Gutachten zur Verträglichkeit des Kraftwerks mit den FFH-Gebieten vor. Dieses kommt zu dem Schluss, dass die Auswirkungen auf Lippeauen und Cappenberger Wald zu vernachlässigen seien. Trianel-Sprecher Elmar Thyen sieht sein Unternehmen nun „auf der sicheren Seite“.

16. Dezember 2010

Generalanwältin Sharpston legt ihren Schlussantrag vor: Sie empfiehlt dem EuGH, dem BUND das Klagerecht einzuräumen. In ihrer Begründung stellt sie unter anderem klar, dass die gängige deutsche Praxis, ein solches Recht nur einzuräumen, wenn Rechtsgüter von Einzelnen geschützt werden müssen, so nicht mit europäischem Recht vereinbar sei.

12. Mai 2011



Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg.

Der Europäische Gerichtshof wird seine Entscheidung verkünden. Folgt er der Empfehlung der Generalstaatsanwältin, wird das Verfahren in Münster fortgesetzt.